

Förderungsnummer (bitte unbedingt angeben)

Zusatzerklärung zum Unterhaltsfreibetrag

zum Bewilligungszeitraum von bis

Wichtige Hinweise

Diese Erklärung soll zu jeder unterhaltsberechtigten Person gesondert eingereicht werden. Diese Erklärung kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der auszubildenden Person übersandt werden. Sie sind nach § 47 Abs. 4 BAföG i. V m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Hinweise zu Ihren datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) erhalten Sie beim Amt für Ausbildungsförderung oder unter <https://www.bafög.de/hinweis>. Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung mit Begründung schriftlich mit.

Angaben zur erklärenden Person

Name, Geburtsdatum

Angaben zur unterhaltsberechtigten Person

Name, Geburtsdatum

Angaben zur Ausbildung der unterhaltsberechtigten Person

- Die Ausbildung ende/t am ...
 Eine Ausbildung ist/wird aufgenommen ab ...

Ausbildungsverhältnis

Ausbildungsstätte

Voraussichtlicher Abschluss am

Monatliches Einkommen in Höhe von brutto €

Während der Ausbildung wohnt o.a. Person in meinem Haushalt Ja Nein

→ Bitte fügen Sie Nachweise bei

Angaben zum Unterhalt der unterhaltsberechtigten Person

→ Nur auszufüllen, falls keine Ausbildung betrieben wird.

Im o.a. Bewilligungszeitraum wird o.a. Person unterhalten, da von ihr

- keine eigenen Einkünfte erzielt werden
 voraussichtlich Einkünfte in Höhe von brutto € erzielt werden.
Art der Einnahmen

Zusatzerklärung zum Unterhaltsfreibetrag - Seite 2

Abschließende Erklärung

Mir ist bekannt,

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;
- dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden, und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;
- dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt für die Rückforderung von BAföG-Darlehen übermittelt werden können, um die Anschrift der Darlehensnehmerin oder des Darlehensnehmers zu ermitteln;
- dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber oder durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;
- dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meinem Kind vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste, und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze nach den §§ 12, 13, 13a, 14a und 14b BAföG erreichen kann. Die Höhe der Bedarfssätze kann ich beim Amt für Ausbildungsförderung erfragen.

Die Hinweise zum Datenschutz sind beim Amt für Ausbildungsförderung erhältlich oder unter <https://www.bafög.de/hinweis> einzusehen.

Ich bestätige, dass ich diese Hinweise zur Kenntnis genommen habe. Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind.

Datum, Unterschrift/Namenswidergabe erklärende Person